

1. Die beiden deutschen Staaten im internationalen System

Am Ende eines Jahrhunderts der Weltkriege und totalitären Diktaturen steht Europa vor neuen historischen Möglichkeiten. Der Zusammenbruch des kommunistischen Imperiums und das Verschwinden des Eisernen Vorhangs haben den Weg geöffnet zu einer auf Freiheit und Demokratie gegründeten europäischen Friedensordnung. Die Stützpfeiler dieser Ordnung, Atlantische Allianz, Europäische Union, Europarat und OSZE, sind im Begriff, ihre Strukturen und Aufgaben diesen neuen Herausforderungen erfolgreich anzupassen.

Besonders für Deutschland bedeuten der Sturz der SED-Diktatur durch die friedliche Revolution im östlichen Teil des Landes und die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit auf dem Boden des Grundgesetzes einen historischen Einschnitt. Die Deutschen leben heute in einer stabilen Demokratie, in gesicherten Grenzen und in friedlichen, größtenteils sogar freundschaftlichen Beziehungen mit den Großmächten und mit allen europäischen Nachbarn. In dieser historisch neuartigen Konstellation liegt auch für das vereinte Deutschland die Chance einer stabilen friedlichen und demokratischen Entwicklung in der Mitte des sich einigenden Europa. Um diese Chance zu nutzen, ist es notwendig, die historischen Erfahrungen dieses Jahrhunderts und die aus ihnen resultierenden politischen Konsequenzen im Bewußtsein zu halten.

Nach seiner totalen militärischen und moralischen Niederlage war das Deutsche Reich am Ende des Zweiten Weltkriegs den Sieger- und Besatzungsmächten bedingungslos ausgeliefert. Ein souveräner deutscher Nationalstaat existierte nicht mehr. Die Alliierten übernahmen im Juni 1945 die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, ohne daß damit Deutschland als Völkerrechtssubjekt ausgelöscht worden wäre. Die gegensätzlichen Zielsetzungen und widerstrebenden Interessen der Siegermächte verhinderten indessen, daß die gemeinsam vereinbarte einheitliche Behandlung Deutschlands durchgesetzt wurde. Millionen Deutsche hatten ihre Heimat im Osten verloren. Die Einteilung in Besatzungszonen verfestigte sich zur staatlich-politischen Teilung.

Die beiden Staaten im geteilten Deutschland hatten einen unterschiedlichen Status. Der SED-Staat war eine Diktatur, die auf dem totalitären Machtwillen der Führungen der sowjetischen und deutschen Kommunisten basierte. Er gewann kaum die angestrebte innere Festigkeit, vielmehr blieb er auf einen sich ständig ausweitenden Repressionsapparat angewiesen. Die Grundlage für die äußere Stabilität des Systems gewährleistete in erster Linie die von der Sowjetunion gegebene Existenzgarantie, wie dies die Ereignisse von 1953, beim Berliner Mauerbau 1961 und – unter anderem Vorzeichen – bei dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft bewiesen haben.

Im Westen Deutschlands entstand mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, die sich als demokratischer Kernstaat verstand. Dieser hielt am Ziel der Rückgewinnung deutscher Souveränität fest. Zugleich fand er Schutz und Sicherheit durch feste Einbindung in die atlantische Allianz und die entstehende Europäische Ge-

meinschaft. Diese Integration wurde von der Regierung Adenauer als eine historische Achsendrehung verstanden, um einen möglichen Rückfall Deutschlands in eine nationalstaatlich zentrierte „Schaukelpolitik“ zwischen Rußland und den Westmächten zu verhindern. Zudem wollte die Bundesrepublik Deutschland dadurch den notwendigen Rückhalt und die Unterstützung ihrer westlichen Partner gewinnen, ohne die eine Wiedervereinigungspolitik gegenüber der Sowjetunion von vornherein aussichtslos erscheinen mußte.

Der bipolare, zugleich machtpolitische und ideologische Konflikt der beiden Weltmächte und ihrer Bündnisse im Schatten der Atomwaffen war das dominierende Strukturmerkmal der internationalen Rahmenbedingungen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Verbunden war damit ein Wettkampf der Systeme, den der Westen um eine friedlichere, freiheitlichere, humanere und sozio-ökonomisch effektivere Lebensordnung führte. Dieser hatte im geteilten Deutschland einen seiner Brennpunkte. Angesichts der wachsenden Konfrontation zwischen Ost und West (Berlin- und Kubakrisen) im Zeichen nuklearer Bedrohungen und schwieriger werdender Aufgaben in der Weltwirtschaft sowie der Festigung des Status quo suchten die verantwortlichen Politiker nach Mitteln, die allseitigen Spannungen unter Kontrolle zu bringen und Felder gemeinsamer Interessen abzustecken.

Neue Wege hierzu wiesen die kooperative Rüstungssteuerung im Bereich der Nuklearwaffen der Weltmächte und die Entspannungspolitik, die in den Ostverträgen der Bundesrepublik Deutschland und der KSZE-Schlußakte von Helsinki ihren sichtbarsten Ausdruck fand.

Die deutschlandpolitische Zielsetzung der Bundesrepublik Deutschland war von Anfang an in der Trias der Leitbegriffe „Freiheit, Frieden, Einheit“ gefaßt. Freiheit war dabei der Grundwert und der Kern der deutschen Frage, Selbstbestimmung die dem Ziel der Wiedervereinigung zugrunde liegende Norm. Dies schloß eine Wiedervereinigung unter kommunistischen Vorzeichen aus. Bei dem Streben nach der deutschen Einheit im Rahmen der europäischen Integration war die Unterstützung durch die westlichen Verbündeten unentbehrlich.

Im Deutschlandvertrag, eine der zukunftsweisenden Leistungen der West- und Deutschlandpolitik der Regierung Adenauer, hatten sich die drei Westmächte bereits Anfang der fünfziger Jahre verpflichtet, sich für eine Politik der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit einzusetzen. Somit war klargeworden, daß eine Lösung der deutschen Frage die Überwindung des Ost-West-Konfliktes voraussetzte.

Auch die SED-Führung ging ursprünglich von dem Anspruch aus, mit dem von ihr beherrschten Staat den Kern und das Modell eines künftigen (sozialistischen) Gesamtdeutschland errichten zu wollen. Vor dem Hintergrund einsetzender Fluchtbewegungen, innerer Krisen und erkennbarer Abhängigkeit von der sowjetischen Führung erwies sich ein solcher jedoch als wenig überzeugend. Stattdessen sah sich die SED-Führung genötigt, zunächst einmal um völkerrechtliche Anerkennung des zweiten deutschen Staates zu ringen, um so

zu einem Mitakteur in den internationalen Beziehungen zu werden, was ihr nur in Grenzen gelang (Aufnahme zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland in die Vereinten Nationen 1973). In der Phase der Entspannungspolitik suchte sie überdies ihre Eigenständigkeit durch eine verstärkte Politik der Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zu sichern. Die Schwäche ihrer Akzeptanz in der Politik glaubte sie, durch vielfältige Formen der Westarbeit kompensieren zu können. Die Westarbeit umfaßte ununterbrochene Hetzkampagnen gegen die Bundesrepublik in der DDR selbst sowie aktive Einflußnahmen auf die bundesdeutsche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu nutzte die SED sowohl „offiziell“ von ihr in der Bundesrepublik unterstützte Parteien, Verbände, Institute und Verlage als auch vielfältige konspirative Methoden der SED, des MfS und von Massenorganisationen wie der FDJ und des FDGB.

Seit Ende der fünfziger Jahre vollzog die Bundesrepublik, der Dominanz der internationalen Politik folgend, die Anpassung an den weltpolitischen Trend zur Entspannung auf der Basis des Status quo (vgl. hierzu und zum folgenden den Bericht, 12. Wahlperiode, Materialien Band I, S. 416–432). Adenauers Versuch, einen *modus vivendi* mit der Sowjetunion zur Diskussion zu stellen, bei gleichzeitigen Erleichterungen für die Deutschen in der DDR, die Friedensnote der Regierung Erhard, das Dialogangebot auch an die DDR durch die Bundesregierung der Großen Koalition blieben letztlich erfolglos, weil die Sowjetunion auf der Anerkennung der DDR bestand. Die Bundesregierung Brandt/Scheel vollzog diesen Schritt mit den bahnbrechenden Ostverträgen einschließlich der staatlichen (nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der DDR. Gleichzeitig schlossen die Vier Mächte das Berlin-Abkommen, das die Stabilität West-Berlins verbesserte.

Die Entspannungspolitik führte zu einer Konfliktregulierung auf der Basis des Status quo, aber nicht zur Beseitigung der Konflikursachen. Damit verband sich vielfach die Hoffnung, den Status quo langfristig friedlich überwinden zu können. Der Antagonismus der Blöcke und Systeme blieb erhalten, die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die jeweiligen Bündnisse wurde als eine der Grundlagen europäischer Stabilität angesehen. Die deutsche Frage blieb ungelöst, wie die „Briefe zur deutschen Einheit“ (als Teil des Moskauer Vertrags von 1970 und des innerdeutschen Grundlagenvertrags von 1972) verdeutlichen. Reformansätze in den kommunistisch regierten Staaten wurden 1968 in der Tschechoslowakei gewaltsam unterdrückt und danach durch die Interventionsdrohung der Breschnew-Doktrin eingedämmt. Was blieb, war das Bemühen der westlichen Regierungen, durch erweiterte kooperative Strukturen zwischen Ost und West Voraussetzungen für menschliche Erleichterungen und soweit möglich für gesellschaftspolitische Veränderungen in den kommunistischen Staaten zu schaffen und dabei insbesondere auf der menschenrechtlichen Dimension der Entspannungspolitik zu beharren, wie es auf den KSZE-Folgekonferenzen geschah. Die Bundesregierung Kohl/Genscher führte seit 1982 die innerdeutsche Verhandlungspolitik fort und erreichte eine Reihe weiterer menschlicher Erleichterungen für die DDR-Einwohner, zumeist im Gegenzug

gegen wirtschaftliche und finanzielle Leistungen; gleichzeitig brachte sie das deutsche Teilungsproblem als Freiheitsproblem („Freiheit ist der Kern der deutschen Frage“) erneut in die öffentliche Diskussion. Unter dem Primat der Sicherheitspolitik nahm die SPD offizielle Beziehungen zur SED und zu anderen regierenden kommunistischen Parteien auf. Durch die Beziehungen der SPD zur SED auf Parteiebene wurde der bis dahin bestehende deutschlandpolitische Konsens der demokratischen Parteien in einem wesentlichen Punkt in Frage gestellt.

Einen eigenständigen, im Westen unerwarteten Impuls erhielten die Bemühungen um menschenrechtliche Fortschritte im sowjetischen Herrschaftsbereich durch Bürgerrechtsbewegungen, die sich in den kommunistisch regierten Staaten bildeten. Zu nennen sind „Charta 77“ in der Tschechoslowakei, „Solidarność“ in Polen, das Wirken Andrej Sacharows und seiner Freunde in der Sowjetunion, in der DDR unter anderem der „Berliner Appell“ 1982 von Robert Havemann und Rainer Eppelmann sowie, seit 1985, die „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Dazu kam als spezifische Form opponierenden Verhaltens im deutschen Teilstaat DDR eine anschwellende Ausreisebewegung. Menschenrechtsbewegung und Ausreisepressur stellten das Regime vor eine wachsende Herausforderung.

Verstärkt wurde sie durch eine sich verschlechternde wirtschaftliche Lage. Die DDR hatte seit Anfang der siebziger Jahre versucht, gleichzeitig den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben, wofür Westkredite in erhöhtem Umfang aufgenommen wurden, und die Produktivität der Industrie zu steigern. Da dies mit den Mechanismen der Zentralverwaltungswirtschaft nicht gelang, wurde diese Politik der Anhebung des Lebensniveaus „in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ immer weniger bezahlbar und mündete in eine ständig zunehmende Westverschuldung. Das Problem verschärfte sich dadurch, daß die Sowjetunion, systembedingt, vor denselben Problemen stand und anfangs der achtziger Jahre dazu übergehen mußte, die Kosten ihrer Bündnispolitik zu reduzieren. Indem sie die subventionierten Rohstoff(vor allem Erdöl) Lieferungen auch an die DDR verknappte, verwies sie diese auf den westlichen Markt, auf dem nur wenige ihrer Produkte absetzbar waren, und auf westliche Kredite, die sie nur noch zu politischen Preisen (Entschärfung des Grenzregimes, verbesserte Reisemöglichkeiten für die DDR-Bevölkerung) erkaufen konnte, ohne jedoch damit ihr Verschuldungsproblem wirklich in den Griff zu bekommen.

Eine Schlüsselrolle im letzten Jahrzehnt des Ost-West-Konfliktes kam, nach den Erkenntnissen, die schon die Enquete-Kommission der 12. Wahlperiode gewonnen hat (vgl. Materialien, Band V/1, S. 338 ff.), offenbar der Nachrüstung zu, mit der die westliche Allianz nach 1982 auf den sowjetischen Rüstungsschub mit den SS-20-Raketen und das Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen reagierte und die sie nach heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen durchsetzte. Während sie auf westlicher Seite dazu führte, den Zusammenhalt des Bündnisses zu stabilisieren und das Vertrauen der westli-

chen Verbündeten in den deutschen Partner zu festigen, begünstigte das Scheitern der Rüstungsoffensive auf östlicher Seite offenbar den Aufstieg Gorbatschows an die Spitze der Sowjetunion.

Durch die Politik von Glasnost, Perestrojka und „neuem Denken“ in der Außenpolitik (Entideologisierung und „Freiheit des Weges“) wurde den „Bruderparteien“ die Verantwortung für die wirtschaftliche und politische Stabilität ihrer Staaten überlassen. Das Ende der Breschnew-Doktrin schuf eine grundsätzlich neue Situation in den Ländern Mittel- und Osteuropas, vor allem in Polen und Ungarn, wo die Herrschaft der kommunistischen Parteien sich auflösen begann. Die sowjetische Führung hielt an ihrer Linie fest, auch als sich zeigte, daß ihr Ergebnis nicht nur ein Reformkommunismus in den jeweiligen Landesfarben war, sondern auch den Sturz der kommunistischen Regime selbst bedeuten konnte. In Deutschland schuf die Beseitigung des SED-Regimes durch die friedliche Revolution eine entscheidende Voraussetzung für die Wiedervereinigung, die von der Bundesregierung Kohl/Genscher, im Zusammenwirken mit der frei gewählten DDR-Regierung und gestützt vor allem auf die Hilfe der Vereinigten Staaten, zielstrebig durchgesetzt wurde.

Die Nachkriegsgeschichte Deutschlands – Teilung, Zweistaatlichkeit, Wiedervereinigung – ist ein außerordentlich komplizierter Prozeß mit einer Vielzahl von Akteuren auf nationaler, europäischer und Ost-West-Ebene. Eine umfassende Untersuchung dieses Prozesses konnte im Rahmen dieser Enquete-Kommission nicht geleistet werden; wichtige Teilergebnisse hat bereits die Vorgängerkommission vorgelegt. Im Rahmen der zweiten Enquete-Kommission wurden eine Reihe exemplarischer Politikfelder untersucht, bei denen eine weitere vertiefte Behandlung erforderlich schien. Dabei wurden Aspekte der inneren Ordnung einschließlich des Repressionsapparates, Aspekte der Außenpolitik im Rahmen der Bündnissysteme sowie Probleme der Deutschlandpolitik, einschließlich der Westarbeit der SED, bearbeitet.

Sondervotum der Mitglieder der Gruppe der PDS und des Sachverständigen Mocek

Eine richtige Beurteilung des Platzes der DDR in der deutschen Geschichte, ihrer Politik und ihrer inneren Verhältnisse ist nicht losgelöst von der unterschiedlichen Entwicklung und dem Selbstverständnis der beiden deutschen Staaten sowie der Beziehungen zwischen ihnen möglich. Dies macht es wiederum erforderlich, den Zusammenhang der deutschen Zweistaatlichkeit mit der Formierung und den Etappen der europäischen Nachkriegsordnung im allgemeinen, mit der Entstehung und dem Wesen des kalten Krieges im besonderen in Betracht zu ziehen. Aufgrund der Bipolarität der Nachkriegsordnung wirkten die Interessen und Aktivitäten beider Hegemonialmächte, die Dynamik ihrer Aktionen und Reaktionen fast immer als übergreifendes Moment.

Für die sich als Ergebnis des Sieges der Antihitlerkoalition formierende Nachkriegsordnung schien es zwischen den Alliierten zunächst trotz unterschiedli-

cher Interessen und Ziele einen gewissen Konsens darüber zu geben, im besiegten Deutschland alle Wurzeln möglicher künftiger Aggressivität auszumerzen, das Land zu demokratisieren, unter internationaler Kontrolle zu halten und von ihm materielle Wiedergutmachung für die angerichteten Kriegsschäden zu fordern. Dem entsprach die auf der Potsdamer Konferenz bekundete Absicht, Deutschland als einheitliches Ganzes zu entmilitarisieren und zu neutralisieren. Die Behauptung, daß in Jalta und Potsdam die Spaltung Deutschlands und Europas de facto beschlossen worden wäre, entspricht nicht der Realität. Allerdings war diese Absicht, Deutschlands Einheit zu wahren, in Anbetracht realer Gegensätze nur bei Fortbestand einer erforderlichen Mindestübereinkunft der alliierten Siegermächte, ihrer Kooperationsfähigkeit zu realisieren. Das schloß eine übereinstimmende Interpretation und Anwendung der im Potsdamer Abkommen enthaltenen, Deutschland betreffenden Festlegungen zur Gestaltung der inneren, ökonomischen und politischen Verhältnisse ein sowie eine solche Einbindung eines neutralisierten Deutschlands in eine europäische Friedensordnung, die tatsächlich eine gemeinsame Kontrolle ermöglicht hätte, die also von allen Siegermächten hätte akzeptiert werden können und ausgeschlossen hätte, daß Deutschland ganz in den Einflußbereich einer der Siegermächte gerät bzw. seine Mittellage hätte nutzen können, um die Siegermächte gegeneinander auszuspielen.

Da sich die Alliierten über diese Voraussetzungen nicht einigten, kam es zur Erosion der Antihitlerkoalition, zum kalten Krieg. Worin bestand das Wesen des kalten Krieges? Infolge des zerstörten Kräftegleichgewichts und der Unfähigkeit der europäischen Mächte, aus eigener Kraft zu einem neuen multiplen Gleichgewicht zu gelangen, fiel es den beiden Großmächten USA und Sowjetunion zu, das machtpolitische Vakuum auszufüllen, was sie veranlaßte, als „europäische Randmächte“ in traditioneller Weise ihre Macht- und Einflußsphären abzugrenzen. Die Besonderheit bestand darin, daß dies auf deutschem Boden geschah und akzeptable Regelungen für Deutschland einschließen mußte. Dieser Prozeß hätte sich zwischen zwei solchen Großmächten wohl auch dann vollzogen, wenn sie nicht gegensätzliche Gesellschaftsordnungen repräsentiert hätten.

Zu bedenken ist jedoch, daß beide Seiten in unterschiedlichem Maße und mit unterschiedlicher Verantwortung zur Spaltung Deutschlands und Europas beitrugen. Robert McNamara meinte 1990 rückblickend, Stalin habe nicht aufgrund einer zwingenden Ideologie nach Unterordnung der osteuropäischen Länder gestrebt, „sondern weil dies sein Verständnis von Sicherheit erforderte und die Gelegenheiten vorhanden waren.“ Er habe seinen Anspruch auf Weltmachtstellung der UdSSR geltend machen wollen, während die Westmächte nicht bereit gewesen wären, ihr diesen Status zu gewähren. Für die verbreitete These, die Stalinsche Außenpolitik sei auf Expansion, auf Krieg und Revolutionsexport gerichtet gewesen und hätte somit die Spaltung verursacht, gibt es keine Beweise. Selbst George F. Kennan hat dieser These widersprochen. 1981 schrieb er, daß nach seiner Überzeugung die Sowjetführung nie die Absicht gehabt hätte, Westeuropa anzugreifen. Die sowjetische außenpolitische Strategie

gie war damals im wesentlichen defensiv. Offenbar verfolgte Stalin besonders drei miteinander verbundene Ziele: Nach den Erfahrungen seines Landes mit zwei verheerenden Aggressionen, die von Deutschland ausgingen, wie auch mit der Feindschaft der westlichen Mächte, wollte er die äußere Sicherheit der Sowjetunion erhöhen, und zwar durch einvernehmliche Friedensregelungen mit den westlichen Alliierten und durch einen Cordon sanitaire. Zu diesem Zweck waren Staaten nötig, die sich mit westlicher Billigung in sowjetischer Abhängigkeit befanden. Zum anderen wollte Stalin für die Sowjetunion das Recht der Kontrolle und Mitentscheidung über die deutschen und europäischen Angelegenheiten im ganzen sichern. Schließlich forderte er aufgrund der immensen Kriegszerstörungen von ganz Deutschland Wiedergutmachung. All dies war, wie ihm als Realpolitiker klar gewesen sein dürfte, nur möglich, wenn es zu keinem Zerwürfnis mit den westlichen Alliierten käme.

Neu erschlossene Quellen ließen den Schluß zu, daß Stalin ursprünglich weder einen Separatstaat auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone noch überhaupt einen sozialistischen Staat in Deutschland wollte. Da eine einvernehmliche Verständigung über den Umgang mit Deutschland nicht zustande kam, blieb zunächst nur der Konsens, daß es als eigenständiger aktiver Faktor europäischer Politik und daß die von ihm ausgehenden tatsächlichen und potentiellen Gefahren ausgeschaltet werden mußten. Das bedeutete aber auch, daß es bei der deutschen Frage den anderen Staaten damals nicht in erster Linie um Einheit oder Spaltung des Landes ging. Um sie im Interesse der betroffenen Nachbarn und vor allem im Interesse der Siegermächte einer Lösung näher zu bringen, gab es, nachdem der Weg der Einheit und Neutralisierung gescheitert war, nur den der Spaltung und der geteilten Kontrolle über Deutschland. Keine der beiden Seiten war nach 1945 gewillt, der anderen Seite allein die Kontrolle über das besiegte Deutschland zu überlassen. Dieser Weg führte zur deutschen Zweistaatlichkeit. In der Spaltung Deutschlands vereinigten sich bemerkenswerterweise Konsens und Dissens der Siegermächte. Sie sicherte ihnen jeweils die Kontrolle über einen Teil, sicherte dessen Abhängigkeit und Einbindung in das eigene Bündnissystem; sie schloß eine eigenständige Rolle eines einheitlichen Deutschlands für eine längere Zeit aus.

Wenngleich die Frage nach der Einheit oder Spaltung Deutschlands nicht in erster Linie aus der innerdeutschen Entwicklung zu erklären ist, sondern einem komplexen internationalen Prozeß untergeordnet war, in dem Deutschland bzw. seine Besatzungszonen vorwiegend die Rolle eines Objekts der Interessen, der Auseinandersetzungen und der Entscheidungen der Siegermächte spielte, ergriffen die politischen Kräfte in Deutschland von Beginn an in diesem Prozeß Partei, boten sich also als Bündnispartner der sich anbahnenden Konfrontation an. Darunter gab es Kräfte, die ein anderes Deutschland zu errichten entschlossen und bereit waren und von den Kommunisten und Sozialdemokraten bis zu linken Demokraten, Christen und Liberalen reichte. Zunächst ging es ihnen darum, ihre Ziele, so unterschiedlich sie waren, in ganz Deutschland zu verwirklichen und nicht etwa in nur einem Teil mit dem Preis der Spaltung. Es war unbestreitbar, daß nach den Erfahrungen von 1914 bis

1945 zwingende Gründe und das Recht bestanden, für Deutschland eine neue historische Perspektive zu suchen, um derentwillen unzählige Menschen gelitten und ihr Leben gegeben hatten. Daß dieser Anspruch auf eine grundlegende gesellschaftspolitische Alternative später nur in einem Teil zu verwirklichen versucht wurde, war aber nicht Ursache, sondern Folge und schließlich Begleitprozeß der Spaltung. Seine Berechtigung ist auch mit der Behauptung vom Unrechtsstaat DDR nicht aus der Welt zu schaffen.

In der deutschen Zweistaatlichkeit fand der Ost-West-Konflikt, der zum kalten Krieg mutierte, sein Kristallisationszentrum. Die Hauptakteure dieses Konfliktes waren also nicht die Deutschen, nicht die deutsche Zweistaatlichkeit war seine Ursache. Doch die Einbeziehung der beiden Teile des besiegten Deutschlands in den kalten Krieg führte zu einer paradoxen Situation. Während man als Lehre aus dem zweiten Weltkrieg in Ost und West ausschalten wollte, daß Deutschland erneut zum Ausgangspunkt eines internationalen Konfliktes wird, trat ein, was man verhindern wollte. Es war aber nicht ein außer Kontrolle geratenes Gesamtdeutschland, das zum Problem wurde, wie man befürchtet hatte, sondern das geteilte Deutschland; es war seine Spaltung, die Konfliktstoff bot. Als Konsequenz avancierten beide deutsche Staaten bald zu kontrollierten Frontstaaten mit einerseits beschränkter Souveränität und andererseits privilegierter Stellung im jeweiligen Blocksystem, und zwar sogar gegenüber Opfern und Siegern des zweiten Weltkrieges. Im Osten vollzog sich das aber – bezeichnenderweise – mit einem Phasenverzug, als Reaktion auf Entwicklungen im Westen. In Ost und West sah man zunächst in der Zweistaatlichkeit ein Provisorium, das jede Seite in ihrem Sinne, gemäß ihren Vorstellungen und mit Hilfe ihrer Bündnispartner zu überwinden beabsichtigte. Hierbei suggerierte das westliche strategische Konzept die Gefahr der Überleitung des kalten in einen heißen Krieg. Man wollte drei Hebel in Gang setzen: durch eine Politik der Stärke, durch wirtschaftlichen Druck von der Warte wirtschaftlicher Überlegenheit und durch eine sogenannte Magnetwirkung „westlicher freiheitlicher Lebensweise“. Entscheidendes Mittel sollte der militärische Druck auf den Osten sein. Konrad Adenauer erklärte im Februar 1952 die Wiederbewaffnung Deutschlands innerhalb einer Europa-Armee als den besten Weg, den deutschen Osten wiederzuerlangen, wobei er wohl auch an die verlorenen Territorien dachte. Somit bestand kein Zweifel, daß die innerdeutsche Situation zu einem zentralen Problem europäischer Sicherheit, zu einem zentralen Konfliktstoff des kalten Krieges geworden war, vor allem vom Zeitpunkt der Mitgliedschaft beider deutscher Staaten in den entgegengesetzten Militärblöcken (1955).

Die Darstellung im Bericht der Enquete-Kommission, als ob der Westen in der Herausbildung und Konfrontation der gesellschaftlichen Systeme und Militärblöcke nur an Leitbildern einer friedlichen, freiheitlichen, humanen und sozioökonomisch effektiveren Lebensordnung an der Trias „Freiheit, Frieden, Einheit“ orientiert gewesen sei, wird dem tatsächlichen weltweiten geschichtlichen Prozeß nicht gerecht. Das läßt sich bereits an den kolonialen Kriegen und Repressionen wie an neokolonialen Interventionen der vierziger bis siebziger

Jahre nachweisen. In den Westzonen und der Bundesrepublik ging es auch um wirtschafts- und gesellschaftspolitische Restauration, um die Kontinuität der Eliten über den Bruch von 1945 hinweg, und darüber hinaus global um die Interessen-, Macht- und Militärpolitik der Westmächte in der Auseinandersetzung mit der UdSSR und deren Verbündeten. Wesentliche Motive und Aktivitäten richteten sich auf die Einflusssphären in der Dritten Welt.

Die angedeutete Darstellungsweise ist um so weniger akzeptabel, als umgekehrt die Politik der KPdSU, der SED und anderer kommunistischer Parteien weithin als reine Machtpolitik, als Machterhalt an sich und um jeden Preis beschrieben wird. Die Vorgeschichte der kommunistischen Bewegung seit den Erschütterungen des Ersten Weltkrieges, ihre internationalen politischen Traditionen der zwanziger bis vierziger Jahre und wesentliche soziale und moralische Inhalte dieser Politik werden kaum berücksichtigt.

Man kann in gewissem Sinne der Einschätzung Mary Kaldors zustimmen, daß der kalte Krieg auch eine nach innen gerichtete, blockinterne disziplinierende Funktion besaß, daß er „auf eine Homogenisierung der Systeme“ hinauslief, während beide Hegemonialmächte im Zuge der Aufteilung von Einflusssphären ihr „komplementäres Verhältnis“ zueinander gegenseitig akzeptiert hätten. Die USA hätten die sowjetische Bedrohung als Rechtfertigung ihrer Präsenz in Westeuropa genutzt. Aufgrund dessen sei der kalte Krieg eigentlich nur ein „imaginärer Krieg“ gewesen. Man muß allerdings ihrer These widersprechen, dies sei das eigentliche Wesen des kalten Krieges gewesen. Es war nicht imaginär, daß die USA im Verlaufe des kalten Krieges die UdSSR mit einem Ring militärischer Stützpunkte und zusätzlich zur NATO mit weiteren militärischen Paktsystemen vom Westen, Süden und Osten eingekreist und bedroht haben, ohne daß sie selbst oder einer ihrer Verbündeten von dieser bedroht gewesen wären.

Schließlich sollte ausdrücklicher als es im Bericht der Kommission und in zahlreichen sonstigen Veröffentlichungen geschieht, der UdSSR nach den Erfahrungen mit militärischen Bedrohungen und Interventionen nach 1918 und 1938 zugebilligt werden, daß sie den eigenen sicherheits- und militärpolitischen Bedürfnissen allein für defensive Belange einen hohen Stellenwert beimaß. Das gilt insbesondere für die damals erst wenige Jahre zurückliegende faschistische Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik und den hohen Blutzoll, den die Befreiung bis Mai 1945 kostete.

Ein wesentliches, durchaus nicht imaginäres Element der Ost-West-Konfrontation war das atomare Wettrüsten, die Verwandlung Europas in einen Herd größter Konzentration von Truppen und Massenvernichtungswaffen, wodurch die internationale Sicherheit einer beispiellosen Gefährdung ausgesetzt wurde. Die Großmächte erlangten erstmals in der Menschheitsgeschichte die Fähigkeit, in einem Krieg alles Leben auf der Erde zu vernichten. Die Hauptverantwortung tragen hierfür ohne Zweifel die USA. Sie machten mit ihrem Atomwaffenmonopol nach dem Kriege ihre unanfechtbare Weltmachtstellung gegenüber der Sowjetunion geltend. Die Sowjetunion war, und zwar nicht nur im

Interesse der Verteidigungs- und Kriegführungsfähigkeit, sondern allein schon im Interesse ihrer politischen Handlungsfähigkeit in den internationalen Beziehungen gezwungen, das amerikanische Atomwaffenmonopol zu brechen und nach militärstrategischer Parität zu streben. Dies war nicht in erster Linie eine Konsequenz des Systemgegensatzes von Kapitalismus und Sozialismus, sondern ergab sich aus dem Streben nach einem internationalen Gleichgewicht zwecks sicherheitspolitischer Stabilität. Aus diesem Grunde haben z. B. selbst neutrale Mächte wie Indien eigene Atomwaffen entwickelt. So verständlich diese Entwicklung war, so verhängnisvoll und widersinnig war dieses Wettrüsten. Jeder Krieg zwischen den Blöcken verlor seinen praktischen Sinn, weil die politischen Ziele, die mit einem Krieg gewöhnlich verfolgt wurden, nicht mehr zu erreichen waren, bzw. das, was ein Krieg hätte verteidigen müssen, nicht mehr zu verteidigen war, sondern der Zerstörung anheim fallen würde. Diese Lage brachte einen Anachronismus hervor. Einerseits wirkte die gegenseitige Vernichtungsfähigkeit kriegsverhindernd und erzeugte eine gewisse gegenseitige Zurückhaltung und Berechenbarkeit. Andererseits wuchs die Gefahr eines unbeabsichtigten Kriegsausbruches entweder wegen einer Fehlwahrnehmung der gegnerischen Absichten oder wegen der aus der menschlichen Kontrolle geratenen Kriegstechnologie. Hinzu kam eine Eigendynamik des Wettrüstens, die besonders in den achtziger Jahren die sozialen und ökonomischen Potenzen der Akteure überforderte und ruinöse Folgen hatte.

Nachkriegsordnung, Ost-West-Konflikt und kalter Krieg waren demnach keine identischen Phänomene. Der kalte Krieg kann nicht als unverzichtbares konstitutives Element der Nachkriegsordnung gelten, zumal umstritten ist, wie weit oder eng er zeitlich und nach hauptsächlich inhaltlichen Kriterien zu fassen ist. Viele meinen, daß der seit den sechziger Jahren in die Wege geleitete und mit der Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 auf eine neue Stufe gehobene Entspannungsprozeß den kalten Krieg abgelöst hätte. Ein solches Verständnis scheint begründet und für die Periodisierung sinnvoll zu sein. Als dann in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre sich ein Übergang vom Vorrang der Entspannung zum erneuten Vorrang der Konfrontation vollzog, sprach demzufolge zu Recht man von einem „zweiten kalten Krieg“. Damit muß man annehmen, daß es durchaus möglich gewesen wäre, den kalten Krieg auf dem Wege der friedlichen Koexistenz der zwei auch fortan bestehenden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, ihrer Kooperation und der Entspannung zu überwinden. Somit hätten die Überwindung des kalten Krieges, die Etablierung von Entspannung und friedlicher Koexistenz nicht unbedingt den Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung zur Voraussetzung oder Folge haben müssen.

Die Bedingung für das Fortbestehen der europäischen Nachkriegsordnung bestand offenbar nicht in der Fortführung des kalten Krieges. Da diese Ordnung auf der Bipolarität der beiden Macht- und Militärblöcke mit ihrer gegensätzlichen gesellschaftspolitischen Verhältnisse basierte, setzte sie jedoch die Existenz und Stabilität beider Blöcke und Gesellschaftssysteme voraus. So ist auch das Wesen des von Gorbatschow angestrebten gemeinsamen europäi-

schen Hauses zu verstehen. Zu den vielfältigen Ursachen der gegen Ende der achtziger Jahre einsetzenden Umbrüche und der schließlichen Überwindung der europäischen Nachkriegsordnung gehörte vielmehr in erster Linie der aus vorwiegend inneren Gründen erfolgte Kollaps der realsozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnungen in der UdSSR und den anderen osteuropäischen Ländern.

2. Historische Erfahrungen und ihre Nachwirkungen

2.1 Zur auswärtigen Politik der beiden deutschen Staaten während der Zeit der Teilung

2.1.1 Außenpolitik unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts

2.1.1.1 Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Polen 1949-1989

Der Ost-West-Konflikt, die Teilung Deutschlands, die Grenzfrage und die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße nach 1945 beherrschten bis in die Mitte der siebziger Jahre das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen. Sie blockierten sowohl die Politik als auch die Völker, über das Zurückliegende miteinander ins reine zu kommen und in der Gegenwart miteinander Beziehungen zu pflegen. Zwar führte der im Zeichen der Entspannungspolitik geschlossene „Normalisierungsvertrag“ von 1970 zu einem *modus vivendi* und zu einer Ausweitung vor allem der gesellschaftlichen Beziehungen, doch schuf erst der Übergang Polens zur Demokratie die Voraussetzung für ein deutsch-polnisches Nachbarschaftsverhältnis, in dem beide Seiten die Belastungen aus der Vergangenheit wirklich bewältigen und ihre gemeinsame Zukunft in Europa gestalten können.

Polen nahm 1945 im Zuge seiner von Stalin betriebenen Westverschiebung, die ein Beispiel für dessen imperialistische Außenpolitik war, mit Zustimmung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße in Besitz. Es war wie im deutschen Fall nicht bloß eine Territorialverschiebung, denn die eingessene polnische Bevölkerung der von der Sowjetunion annektierten polnischen Ostgebiete wurde in die von den Deutschen zwangsweise geräumten neuen polnischen „Westgebiete“ umgesiedelt. Die Westverschiebung sowohl Polens als auch Deutschlands auf Territorialkosten des letzteren schien die Gewähr zu bieten, daß Polen sich aus Furcht vor deutschem Revisionismus dauerhaft an die Sowjetunion als Garanten seiner territorialen Integrität binden werde. In diesem Sinne formulierte die polnische kommunistische Partei, von der Sowjetunion an die Macht gebracht und bis 1990, wenn auch seit 1980 zunehmend mühsamer, an der Macht gehalten, die polnische Staatsraison. Sie schloß neben der inneren Macht- und Systemgarantie zugunsten der polnischen Kommunisten die Existenz der DDR als sowjetischen Satelliten und somit die deutsche Teilung ein. Polens Sicherheit in